

Die Lage der SPD

Überlegungen von Gerd Eisenbeiss

10. Oktober 2023

Die SPD steht historisch für Wohlstandsmehrung bei Minderung sozialer Unterschiede; sie hat sich dabei zum Instrument einer Marktwirtschaft bekannt, die mittels staatlicher Rahmenseetzungen die Marktkräfte in soziale und seit einiger Zeit auch ökologische Richtung lenken soll.

Diese Strategie ist in die Krise geraten, weil sie das Soziale und das Ökologische nur durch Begrenzung der Änderungsgeschwindigkeit harmonisieren konnte. Diese Moderation der Modernisierung war möglich, weil die ökologischen Forderungen bis vor etwa 30 Jahren nicht zeitkritisch schienen. Das hat sich dramatisch geändert: die rasante Veränderung des Weltklimas und die dramatisch spürbaren Konsequenzen sind wissenschaftlich eindeutige Belege, dass Langsamkeit der Veränderungen nicht mehr toleriert werden dürfte - nicht im Inland und nicht im „globalen Süden“.

Nun ist die SPD auch eine Partei, die sich **der Wissenschaft verpflichtet** fühlt und daher die ökologische Dringlichkeit weltweiten Klimaschutzes mit einem überproportionalen deutschen Beitrag nicht leugnen möchte, wie z.B. die AFD. **Sie behauptet daher seit einiger Zeit gegen besseres Wissen, die sozialen und ökologischen Ziele stünden in keinem Widerspruch.**

Von ihren grünen Freunden wird die SPD eher noch mehr in diesen Widerspruch getrieben. Jene hatten umgekehrt zunächst das Ökologische als Gründungsmotiv und Kernanliegen priorisiert und erst seit kurzer Zeit verstanden, dass sie das Soziale nicht vernachlässigen dürfen.

„Das Soziale“ steht für beide Parteien für weitere Wohlstandsmehrung vor allem für die unteren Einkommensschichten, wo immer größerer Bedarf an staatlichen Transfereinkommen identifiziert wird wie z.B. Kindergrundsicherung und Bürgergeld. Zugleich wird verzweifelt versucht, **die objektiven Mehrkosten einer nachhaltigen Entwicklung durch Subventionen kaufkraftneutral zu kaschieren.**

Dabei wird nicht transparent gemacht, dass dies nur möglich¹ wäre, wenn sich der Staat weiter verschulden würde. Auch das will ein Teil der Sozialdemokratie nicht - insbesondere jene, die verstanden haben, dass man damit genau jene kommenden Generation belastet², um derentwillen man die ökologische Transformation ja

¹ Steuererhöhungen wären da kaum hilfreich, da sie dann selbst die Ursache von Kaufkraftminderung wären - sei es über die Einkommenssteuer oder über geringere Lohnspielräume.

² Genau gesagt, verändert Staatsverschuldung weniger die Kaufkraft derzeitiger zugunsten kommender Generationen, sondern sie stellt die Vermögensverteilung zwischen Arm und Reich auf: nur

betreiben will. Eigentlich ist vor diesem Hintergrund völlig klar, **woher die beträchtliche Inflation in Europa** kommt, nämlich von einer allenthalben betriebenen Überforderung des Sozialproduktes (erkennbar auch am Arbeitskräftemangel), wesentlich verstärkt durch die Energiepreiskonsequenzen der russischen Kriegspolitik.

Ein ähnliches Dilemma bereitet **das 2. Großproblem der Gegenwart: die Immigration** und die Situation in den Armut- und Krisengebieten der Erde. Auch hier wollen die SPD und noch weniger die Grünen die Illusion aufgeben, humanitär gebotene Aufnahme aller Immigranten, die es bis auf deutschen Boden geschafft haben, sei dauerhaft möglich, ggf. durch Abschiebungen steuerbar. Dass dies ebenso aussichtslos ist wie die früher vertretene These, man könne und müsse die Lage in den Herkunftsländern doch nur verbessern, dann verschwinde der Immigrationsdruck von selbst, wird wohl wegen erwiesener Irrealität nicht mehr erwähnt. Aber dass Xenophobie eine sehr weit verbreitete menschliche Ureigenschaft ist, die nur bei recht niedrigen Zuzugszahlen beherrschbar ist, gehört noch nicht zur Allgemeinbildung.

Sollte die SPD-Führung ihr eigenes Dilemma mittlerweile verstanden haben, so ist sie doch unwillig (oder unfähig), das der Bevölkerung verständlich darzulegen, um ein besseres Verständnis und mehr Unterstützung für Kompromisse und Notwendigkeiten zu erhalten.

Ein Blick auf die politischen Wettbewerber:

Da sind zunächst jene wie die **AFD**, die sich das politische Spiel in der Opposition leicht machen, indem sie die ökologischen Notwendigkeiten schlicht als Erfindung von abgehobenen Eliten und einer korrupten Wissenschaft abtun – so wie sie auch die Gefahren durch Covid oder durch Putins Aggressivität als nichtig darstellen. Zur Immigration ist ihre einfache Aussage, man werde alle Illegalen (oder gar alle ethnischen Nicht-Europäer) ganz einfach ausweisen; dazu sagen einfach nichts über das Wie und Wohin.

Dann gibt es **die deutschen Konservativen, vorzugsweise in der Union, aber auch in der SPD**. Diese versuchen die ökologischen Gefahren und die anderen Krisen der Welt zwar anzuerkennen, profilieren sich aber gegen die meisten tatsächlichen Maßnahmen. Auch behaupten sie, dass die Klimaschutzfrage nicht zu radikalen Änderungen des Lebens und des Wohlstands zwingen. Sie wollen wie auch die FDP Klimaschutz nur so weit betreiben, wie neue Technologie wirtschaftlich vorteilhaft zum Einsatz kommen können. Bezüglich der Immigration behaupten auch sie ähnlich der

wenige erben die Guthaben, die von allen mindestens mit Zins, wenn nicht auch durch Tilgung bedient werden müssen.

AFD, es gebe Lösungen, obwohl sie in ihrer langen Regierungszeit und auch in der Praxis ihrer Landesregierungen bisher nichts davon gezeigt haben. Sie scheinen aber den wesentlichen Hauptteil der Bevölkerung in ihrem Beharrungswillen richtiger einzuschätzen als Grüne und SPD-Führung. Ihre Position ist allerdings gefährdet durch die Wirklichkeitsverweigerer von ganz rechts, deren Verzicht auf „Umbau-grammatik“ und realistische Lösungsvorschläge für viele noch verführerischer ist. Das gilt insbesondere auch für den Bereich der Landwirtschaft, wo der ökologische Umbau konkrete Ängste vor wirtschaftlichem Ruin zur Folge hat³. Nicht nur in dieser Branche gibt es auch zunehmend Anti-EU-Stimmung, da viele grüne Beschlüsse mittlerweile von Brüssel kommen.

Die in Bayern so erfolgreichen **Freien Wähler** präsentieren sich von ihrer Führung her als gemäßigte AFD. Ihr Erfolg dürfte dazu führen, dass diese Bewegung bei der nächsten Bundestagswahl wieder bundesweit mit guten Chancen antritt, über 5% zu kommen; das bayerische Ergebnis bedeutet bereits etwa 2,5% bundesweit, da muss also aus den anderen Ländern nicht so viel hinzu kommen. Nimmt man hinzu, dass die rechtsradikale AFD und FW die CSU dabei unter 31% drücken könnten, läge ein Ergebnis im Bereich der Möglichkeiten, bei dem die FW anstelle der CSU im Bundestag sitzt⁴.

Fazit: Man sagt in Deutschland seit Adenauer: „Auf den Kanzler kommt es an“. Kann Olaf Scholz das nicht? Oder erlaubt das die unglückliche Koalition mit der FDP nicht? Er müsste endlich die objektiven Dilemmata schildern und seine Verantwortung für Kompromisse begründen, die zwischen den Wünschen und den Notwendigkeiten einzugehen sind. Und er dürfte dabei nicht leugnen, dass eine Bewältigung der Probleme nicht ohne eine gewisse Umverteilung von Wohlstand und Risiken⁵ zu haben ist.

Sollte der Kanzler nicht den Mut haben, das Richtige überzeugend zu sagen und zu tun, und dabei das Risiko in Kauf nehmen, dass die FDP die Regierung verlässt mit der Konsequenz von Neuwahlen in Ehrlichkeit?

Es bleibt spannend und beängstigend

³ In den aktuellen Landtagswahlergebnissen in Bayern schonungslos offen gelegt: 4% für die Grünen in Niederbayern, wo auch die FW besonders erfolgreich waren.

⁴ Bei der letzten Bundestagswahl hatte die CDU ohne CSU nur 18,9%, die CSU 5,2%.

⁵ Wenig beachtet wird zurzeit die gewaltige Wert-Vernichtung von Industrieanlagen und Kompetenzen, wobei keineswegs sicher ist, dass die neuen Arbeitsplätze in Deutschland entstehen werden; das betrifft besonders die deutsche Kompetenz für Stromerzeugung, Motoren und Fahrzeuge sowie den Gesamtbereich der Chemie.